

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 19. Sept. Die amtliche „London Gazette“ veröffentlicht die äußerst kurzgefasste russische Antwort vom 26. August. Rußland bedauert die Erfolglosigkeit seiner Juli-Note und will eine Discussion, welche die zwischen den Cabineten obwaltende Meinungsverschiedenheit nur bestärken würde, abbrechen. Rußland wünscht eben so wie England die Ruhe Polens und Europa's, und der Kaiser erstrebt in der versöhnlichsten Weise dieses Ziel. Eine Verantwortlichkeit könne nur aus einem etwaigen Bruche des Völkerrechts entspringen. Der Kaiser habe aber stets die Gebote des Völkerrechts beobachtet und erwarte das Gleiche von den übrigen Mächten.

Paris, 20. Septbr. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht die Antwort des Fürsten Gortschakoff an die französische Regierung, welche mit der an das englische Gouvernement gesandten identisch lautet. Bezüglich der Anspielungen auf die alten polnischen Provinzen ist in der Antwort an das französische Cabinet indeß hinzugefügt, daß Rußland jenen Gesichtspunkt in keiner Weise zulassen könne. Herr v. Budberg wird aufgefordert, die Erklärung Rußlands zu wiederholen, daß es bereit sei, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, daß es aber peremptorisch jede Anspielung auf Theile Rußlands ausschliesse, auf welche kein internationales Abkommen sich anwenden lasse. — Der „Moniteur“ veröffentlicht ferner das russische Memorandum.

Warschau, 20. Sept. Der Markgraf Wielopolski hat unbeschränkten Urlaub für das Ausland erhalten und ist zu gleicher Zeit seiner Aemter als Civil-Gouverneur und Vice-Präsident des Staatstaths enthoben worden.

Von der polnischen Grenze, 20. Sept. Gestern Nachmittag wurde aus einem Fenster des Zamoysskischen Hauses in der Krakauer-Vorstadt Warschau's eine Oefnische Bombe auf den vorüberfahrenden Grafen Berg geworfen. Ein Scherkeß vom Gefolge wurde getödtet, der Graf blieb unverfehrt. In Folge dessen fanden im Zamoysskischen Hause große Militärrecessen statt. Die Straße wurde abgesperrt. Die Thäter sind unermittelt.

London, 18. Sept. Gestern fand in Brighton ein großes Meeting zu Gunsten Polens statt. Die Parlamentsmitglieder Conningham, White und Oberst Jaccatt hielten auf demselben Reden für die Anerkennung der Polen als kriegsführenden Theil. Das Meeting votirte eine Adresse an die Warschauer National-Regierung.

Turin, 18. Sept. Die „Discussione“ meldet: Am 1. Oktober findet in Genua eine große Marine-Revue statt. Zu diesem Behufe wurden die in den Häfen des Reiches liegenden Kriegsschiffe angewiesen, sich in den letzten Tagen dieses Monats zur Abfahrt bereit zu halten.

Turin, 18. Sept. Die „Italia“ berichtet, daß die auf dem Dampfer „Aunis“ ausgelieferten Briganten nach Neapel abgegangen sind, wo sie vom Aussenhofe S. Maria abgehört werden.

Preußen.

Berlin, 19. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Seconde-Lieutenant Bernoulli von den Pionieren des 3. Bataillons (Potsdam) 3. Brandenburgischen Landwehr-Regiments Nr. 20 und dem katholischen Pfarrer und Landbesitzer Hommelsheim zu Pingsdorf im Landkreise Köln den rothen Alerorden 4. Klasse, dem Steuer-Aufsicher Siwinna zu Ratibor das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Kaufmann und Stadtverordneten Ferdinand Jecher zu Tangermünde im Kreise Stendal, und dem Steuermann Claus Maden Rasmussen zu Korsör in Dänemark die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner den von der Stadtverordneten-Versammlung zu Neuß getroffenen Wahlen gemäß den seitherigen ersten Beigeordneten Jacob Jels als ersten, den bisherigen zweiten Beigeordneten Caspar Thywissen als zweiten und den seitherigen dritten Beigeordneten Carl Conrad Loerich als dritten Beigeordneten der Stadt Neuß für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer zu befähigen.

Die Berufung des Oberlehrers Dr. Fric vom Gymnasium zu Wesel als Oberlehrer an das mit der Realschule zu Barmen verbundene Progymnasium ist genehmigt worden. (St.-Anz.)

[Se. Maj. der König] werden dem Vernehmen nach heute Abend über Finkenwalde von Buckow hierher kommen und bis morgen Abend hier verweilen.

[J. K. H. die Frau Kronprinzessin] ist gestern Nachmittag von Dolzig hierher zurückgekehrt und Abends nach Potsdam weiter gefahren.

[Das Staatsministerium] trat heute Mittag 12 Uhr wieder im Kriegsministerium zu einer Beratung zusammen.

[Der Kronprinz und die Minister-Conferenzen.] Die „Berl. Mont.-Ztg.“ schreibt: Die „A. Z.“ brachte die viel Aufsehen erregende Mitteilung, daß Se. kgl. H. der Kronprinz, entgegen den öffentlichen Berichten, seit längerer Zeit keinen Antheil an den Minister-Conferenzen genommen habe. Seit der Anwesenheit Sr. kgl. Hoh. zu Gastein wurde dagegen mehrfach offiziell über die Theilnahme des Kronprinzen an den neuesten Minister-Beratungen hieselbst berichtet. In sehr gut unterrichteten Kreisen behauptet man nun als Thatsache, daß Se. kgl. Hoh. seit seiner Anwesenheit zu Gastein allerdings an denjenigen Minister-Beratungen theilgenommen, bei denen Se. Majestät persönlich anwesend gewesen; dagegen sich von jeder Beratung, welcher der König nicht beivohnte, fern gehalten habe.

[Beschlagnahme.] Das königliche Polizeipräsidium macht unter dem 18. d. M. bekannt, daß die Beschlagnahme der Broschüre „Artikel 63 der Verfassungs-Urkunde und die Preßverordnung“ verfügt worden ist.

[Angeblliche Absicht des Staatsministeriums.] Es wird versichert, daß das Staatsministerium die Absicht habe, zur Ausgleichung der Conflicte die einmal ausgeführte Reorganisation der Armee „war festzuhalten“, aber unter dem Vorschlage, eine ausgedehnte Beurlaubung eintreten zu lassen und die zweijährige Dienstzeit allmählich einzuführen, eine Indemnitäts-Bill zu beantragen. Gleichzeitig will man mit mehreren liberalen Gesetzes-Vorlagen vor die neuen (?) Abgeordneten treten.

[Keine Suspension der Verfassung.] Die „N. A. Ztg.“ führt in ihrem letzten Leitartikel aus, daß das Ministerium nicht daran denke, die jetzigen Wahlen als „ein letzter Versuch“ mit der Verfassung zu betrachten. Das ministerielle Organ schreibt weiter: „Es sind in dieser Beziehung neuerdings manche unbesonnene Worte gefallen: man ist so weit gegangen, von der Nothwendigkeit einer eventuellen Suspension der Verfassung zu sprechen. Wir glauben versichern zu dürfen, daß die Staatsregierung derartige Auslegungen ihrer neuesten Schritte ablehnt. Die Regierung, die sich bewußt ist, den Boden der Verfassung, so weit

es von ihr abhängt, bisher streng festgehalten zu haben, und die so eben wieder einen Beweis ihrer Gewissenhaftigkeit in jener Beziehung gegeben hat, wird es ihrertheils gewiß an gleichem Ernst und an gleicher Treue auch in Zukunft nicht fehlen lassen: sie wird unzweifelhaft auch ferner, so viel an ihr ist, thun, um die Freiheiten und Rechte, welche die Verfassung dem Volke gewährt, zu einer fruchtbringenden Ausübung und Entwicklung gelangen zu lassen, — dagegen dem Mißbrauch derselben und verfassungsmäßigen Prätexten des Parteiwesens durch allseitige kräftige Handhabung der verfassungsmäßigen Rechte des Königs wirksam steuern. Auch in dieser Beziehung werden Festigkeit, klare Entschlossenheit und vielleicht große Geduld nöthig sein, um die Strömungen der Zeit zu überwinden; aber Preußens Königthum darf in dem Bewußtsein seiner Kraft und seiner wirklichen Gemeinschaft mit dem Volke die Zuversicht auf die allmähliche Ausgleichung und Lösung betrübender Conflicte finden. In solcher Zuversicht weist die Regierung gewiß alle pessimistischen Auffassungen ihrer Maßnahmen entschieden zurück: es liegt derselben fern, eine verfassungswidrige Gestaltung unserer Zustände ihrerseits in Aussicht zu nehmen.“

[Dementi.] Die „N. A. Z.“ schreibt: „Der bekannte Stern-Correspondent der „Kölnischen Zeitung“ theilt in Nr. 258 ein vollständiges Verzeichniß der Gegenstände mit, welche in dem „langdauernden Ministerath“ am 15. Vormittags zur Beratung gekommen sein sollen. Die erwähnte Mitteilung leidet nur an dem einen Mangel — der Unrichtigkeit; ihr gesamter Inhalt gehört nicht dem Gebiet der Thatsachen, sondern lediglich der schöpferischen Phantasie des Correspondenten an. Es hat nämlich am 25. d. M. nicht ein Ministerath, sondern nur eine vertrauliche Besprechung der Minister stattgefunden; in derselben hat es sich auch nicht um „die Wahlen“, nicht um „die gegen die Beamten vorzunehmenden Maßregeln“, nicht um „die ihnen auferlegenden Stellvertretungskosten“ gehandelt, sondern es ist in derselben — wie uns bestimmt versichert wird — lediglich über die Stellung beraten worden, welche Preußen gegenüber dem bekannten Entwurf der Bundesreform einzunehmen habe.“

[Proclamation oder nicht.] Die „Kreuztg.“ schreibt: „Die liberalen Blätter bringen die widersprechendsten Nachrichten über eine angeblich beabsichtigte königliche Proclamation zu den Wahlen. An demselben Tage berichtet der Eine, die Minister wünschten eine Proclamation, der König aber habe dieselbe abgelehnt; ein anderer Correspondent dagegen, der König habe die Minister durch den Entwurf einer Proclamation überrascht, dieselbe aber auf Andringen des Ministeriums aufgegeben. Wir sind überzeugt, daß alle diese Nachrichten erfunden sind. Was uns betrifft, so glauben wir nicht an den Erlaß solch einer Proclamation, und dürfen annehmen, daß darüber in den Regierungskreisen erhebliche Differenzen nicht obwalten. Wir dürfen hinzufügen, daß die Gründe, welche gegen einen solchen Act in diesem Stadium sprechen, auch in den conservativen Kreisen vollkommen gewürdigt werden. Darüber, wie Se. Maj. der König zu den schwebenden Fragen steht, kann für Niemand ein Zweifel existiren. Sache der Regierung wird es freilich sein, Allen, die es angeht, auch thatsächlich zu Bewußtsein zum bringen, daß sie die Intentionen des Königs zu respectiren und, soweit es ihre Stellung erfordert, zu erfüllen haben. Wir haben schon neulich angedeutet, daß dazu schriftliche Erlasse weniger erforderlich sind, als festes Handeln, und wir dürfen vertrauen, daß es hieran nicht fehlen wird.“

[Preußens Vorschläge auf das Bundesreform-Projekt.] Ein wiener Correspondent des „Frankfurter Journals“ will in den Stand gesetzt sein, die Hauptpunkte der Antwort mitzutheilen, welche Preußen auf das Bundesreform-Projekt den deutschen Regierungen ertheilen wird: 1) Eine Volksvertretung am Bunde, die nach der Größe der Bevölkerung, welche die Staaten im Bunde haben, abgemessen ist. 2) Dieser Volksvertretung müsse eine solche Macht eingeräumt sein, daß dadurch etwaige Sonderbestrebungen paralysirt würden. 3) Die projectirte Bundesverfassung müsse dieser Volksvertretung zur Erklärung u. vorgelegt werden. 4) Verlangt Preußen ein Veto in allen denjenigen politischen Fragen, welche seine selbstständige Stellung als Großmacht berühren. 5) Vollkommene Parität mit Oesterreich. Und scheint die ganze Geschichte äußerst apokryphisch.

[Großfürst Konstantin.] Die von der „Dissee-Zeitung“ neulich aus Petersburg gebrachte Nachricht, daß der Großfürst Konstantin bei seiner jüngsten Anwesenheit daselbst eine Kagenmusik, wahrscheinlich von der altrussischen Partei erhielt, weil er zu milde mit den polnischen Insurgenten verfuhr und nicht gleich Anfangs die größte Strenge ausübte, um den Aufstand im Keime zu ersticken, wird von dort hergekommenen Personen bestätigt. Der Großfürst soll dadurch unter den Altrussen seine ganze Popularität eingebüßt haben.

[Marquis Wielopolski] ist in Begleitung seines Sohnes am Sonnabend hier eingetroffen und in Meinhardt's Hotel abgestiegen. Das Aussehen des alten Herrn ist ein sehr sorgenvolles und leidendes.

[Geschäftsrevisionen.] Die königl. General-Lotterie-Direction hat in den letzten Tagen bei zwei hiesigen Lotterie-Einnehmern unvermuthete Geschäftsrevisionen abgehalten. Wie verlautet, sollen diese Revisionen in nächster Zeit noch weiter ausgedehnt werden und auch auf Lotterie-Collecten in den Provinzen sich erstrecken.

[Zur Presse.] Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß ein Zeitungs-Corrupteur in Potsdam, welcher eine in Berlin mit Beschlag belegte Nummer des „Abendblattes“ verbreitet hatte, ungeachtet ihm von dieser Beschlagnahme Kenntniß geworden, vom Staatsanwalt deshalb angeklagt, vom Richter aber freigesprochen worden sei. Wir hören jetzt, daß derselbe in zweiter Instanz vom Appellationsgerichte zu Stettin zu 5 Thlr. Geldstrafe, event. einer Woche Gefängniß verurtheilt worden ist. Der erste Richter war davon ausgegangen, daß die amtliche Thätigkeit einer Polizei- oder Gerichtsbehörde sich nicht über deren Amtsbezirk erstrecken und deshalb die von den Berliner Behörden verfaßte Beschlagnahme für den nicht zu deren Bezirk gehörigen Angeklagten gleichgiltig sei, das Blatt daher für ihn nicht die Eigenschaft einer verbotenen Druckschrift gehabt habe. Das Appellationsgericht führt dagegen aus, daß der § 43 des Preßgesetzes bedrohe den Verbreiter einer mit Beschlag belegten Druckschrift mit Strafe, wenn die Beschlagnahme öffentlich bekannt oder zu seiner bevorstehenden Kenntniß gebracht worden sei, ohne zu unterscheiden, ob der Verbreiter zu den Eingekessenen der die Beschlagnahme anordnenden Behörde gehöre oder nicht.

[Börseneröffnung.] Se. Majestät der König hat durch den Herrn Handelsminister die Aeltesten der Kaufmannschaft von seinem Erscheinen bei der Einweihung der neuen Börse am 28. in Kenntniß setzen lassen. Ueber die Stunde der Feierlichkeit ist noch nichts Definitives angeordnet.

Die Untersuchung wegen der vom Arbeiterverein am 2ten August unternommenen Partie nach Potsdam und Umgegend ist

wirklich in vollem Gange. Auf Denunciation der Forstverwaltung am Brauhäusberge wurde vorgestern der Vorsitzende des berliner Arbeitervereins, Buchbruder Dittmann, darüber vernommen, wer der Vorsteher, Ordner oder Leiter dieser Versammlung unter freiem Himmel gewesen, und wer dabei als Redner aufgetreten sei. Von alle dem zur Anzeige Gebrachten war dem Vorgeladenen nichts weiter bekannt, als daß er selber den Anwesenden, so weit es möglich war, sich verständlich zu machen, da alles, Frau und Kind, zwanglos im Grünen beim städtischen Turnplatz je nach Gefallen sich bewegte, angezogen habe, daß die potsdamer Turner die Theilnehmer der Partie je nach ihrem Belieben auf den nächsten und besten Wegen nach den Schlössern und Gärten geleiten wollten, und daß sie sich zu diesem Zwecke in verschiedene Gruppen theilen möchten, und später, daß nicht, wie vorher bestimmt gewesen, die Rückfahrt erst nach dem letzten Extrazuge, sondern mit jedem beliebigen Zuge von 5 Uhr ab geschehen könne.

[Ehrendabe.] Auf eine von Gotha gegebene Veranlassung ist durch Beiträge aus allen Theilen Deutschlands ein Album für den Gründer der Genossenschaften, Schulze-Delisch, angefertigt worden. Das Album, welches in rothem und schwarzem Sammet eingebunden und mit Verzierungen von eisilirtem vergoldetem Silber geschmückt ist, trägt auf schwarzem Sammetgrunde die von einem Eichenlaubkranz umschlossene Aufschrift: Dem Begründer der deutschen Genossenschaften Herrn Hermann Schulze dankbare deutsche Bürger. Das Album enthält Gedenkblätter aus 21 deutschen Städten; die meisten der letzteren gehören Norddeutschland an, aus Süddeutschland ist nur Nürnberg und Pforzheim im Album vertreten.

[Aus der gestrigen Gerichts-Verhandlung gegen die Redacteurs sieben hiesiger Zeitungen] wegen ihrer Erklärung gegen die Preßverordnung erwähnt die „Kreuztg.“ noch Folgendes:

Die Anklage führte aus, daß gleich im Eingang jener Erklärung die Behauptung aufgestellt worden, daß die genannte allerhöchste Verordnung nach ihrem Inhalt, wie nach ihrer Form mit den Vorschriften der Verfassungs-Urkunde nicht in Einklang zu bringen sei. Was den Inhalt anbelangt, so begründeten die hierauf bezüglichen Argumentationen, da sie weder Schmähsachen noch unwahre Thatsachen enthielten, keine Verletzung des Strafgesetzes. Dagegen ist es aber als eine Entstellung von Thatsachen zu bezeichnen, wenn behauptet wird, daß die Verordnung auch in der Form der Verfassung zuwiderlaufe. Diese Formfrage wird in dem 3. Alinea behandelt und hier ausgeführt, daß die Regierung a) in der Einleitungsformel die Zusage hätte machen müssen, daß die Verordnung dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen sei, b) daß ferner ausdrücklich auszusprechen gewesen sei, daß die Verordnung durch die Nothwendigkeit, die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten, oder einen Nothstand zu beseitigen, hervorgerufen sei, c) daß dann endlich die thatsächlichen Verhältnisse, in denen diese Nothwendigkeit begründet sei, darzulegen gewesen seien. Alles dies werde in der Verordnung vermißt. Hält man nun diese Auflösungen mit der erwähnten Behauptung im ersten Absatz zusammen, so muß man in der ganzen Ausführung den unwahren thatsächlichen Vorwurf erblicken, daß die Beobachtung der ad a., b. und c. gedachten Formen in der Verordnung verlegt seien. Durch die gedachte Erklärung wird daher die Verordnung vom 1. Juni d. J. durch Behauptung entstellter Thatsachen dem Haße ausgesetzt. Es werden aber zugleich auch die Mitglieder des königl. Staatsministeriums in Bezug auf ihren Verus beleidigt; und zwar a) dadurch, daß ihnen der Vorwurf gemacht wird, sie hätten die „schuldige Achtung“ gegen die zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung berufenen Körperschaften verlegt; b) durch den Ausbruch „Verfassungstempel“ kann nur ein Kampf um die Existenz der Verfassung verstanden werden. Daß hierbei die Rolle desjenigen, der gegen die Verfassung kämpft, von dem Verfasser des Artikels dem königlichen Staatsministerium zugetheilt ist, leuchtet von selbst ein, und es enthält derselbe daher die beleidigende Unterstellung, daß die Mitglieder des Staatsministeriums mit Beschlag die gänzliche oder theilweise Beseitigung der Verfassung anstrebten. Es ist deshalb gegen die obengenannten Redacteurs die Anklage aus den §§ 101 und 102 erhoben worden.

Der Strafantrag der Staatsanwaltschaft lautete, in Rücksicht auf die natürliche Aufregung der Angeklagten bei Abfassung der gedachten Erklärung, und da es sich dabei um schwere Beleidigungen nicht handle, nur auf Geldbuße und zwar gegen Dr. Meyen auf 100 Thlr. oder 2 Monate, Dr. Zabel auf 75 Thlr. oder 40 Tage, gegen die übrigen Angeklagten auf je 50 Thlr. oder 1 Monat Gefängnißstrafe, sowie auf Vernichtung der betreffenden Erklärung.

Von den Vertheidigern sprach zuerst Justizrath Ulfert, wies die Behauptungen der Anklage zurück, ohne auf politische Auseinandersetzungen über die Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit der Verordnung einzugehen, da diese von der Anklage selbst nicht berührt worden. — Prof. Dr. Gneist leitete sein Plaidoyer mit der Bemerkung ein, daß er erst gestern die Vertheidigung des Dr. Zabel und des Dr. Alexis Schmidt übernommen habe, und ging dann auf den Nachweis über, daß er als Doctor der Rechte befugt sei, die Vertheidigung zu führen. Der Vorstehende erklärte dies als notorisch. Der Vertheidiger sagte ungefähr Folgendes: „Der erste Anklagepunkt behauptet Entstellung von Thatsachen und deshalb den Thatsachbestand des § 101 des Strafgesetzbuches. Dagegen ist einfach zu erwidern, daß von einer Thatsache gar nicht die Rede ist, also auch von einer Entstellung von Thatsachen nicht die Rede sein kann. Der Protest sagt: Die königl. Staatsregierung hätte im Text der Verordnung die ganz besondere Umstände hervorheben müssen; das sei eine Rechtsansicht, eine politische Ansicht, aber keine Thatsache. Von Entstellung der Thatsachen hätte die Anklage sprechen können, wenn die Verordnung die Punkte unter a. bis c. wirklich enthielte und die Redacteurs behaupteten, es stünde nicht darin. Ich glaube auch, die Anklage hat selbst gefühlt, daß an diesem Punkt nichts ist, denn sie sagt bloß, es sei eine Entstellung des Sachverhalts. Dies ist aber ein Rechtsverhältnis. Hier handelt es sich nur um den Anspruch einer rechtlichen Ansicht. Ich glaube, der Gerichtshof wird mit Allen, die mit thätig gemeint sind, bei der Entstellung des Artikels 63 der Verfassung, darin übereinstimmen, daß diese Ausnahme-Befugniß mit aller Formlichkeit ausgeübt werden muß. Es geht so weit, daß namhafte Rechts-Schriftsteller solchen Verordnungen die Rechtskraft absprechen, wenn der Artikel der Verfassung selbst darin nicht genannt ist. Diese Verordnungen müssen unterchieden werden von den königlichen Verordnungen zur Ausführung von Gesetzen. Die Forderung der Angeklagten ist also an sich begründet. Es ist sehr leicht möglich, daß der Gerichtshof annimmt, es ist der Form genügt; aber etwas Anderes ist es, wenn man, als der Lage der Sache nach, die Begründung in den Motiven fordert. Ich nehme an, der Gerichtshof wäre der Meinung, man brauche die Begründung nicht im Context der Verordnung, so wäre das eine Differenz, aber keine Entstellung von Thatsachen. Die ganze Differenz dreht sich darum, daß die Angeklagten bei der Wichtigkeit der Verordnung annehmen, daß dies nicht bloß citando, sondern ausdrücklich hätte ausgesprochen werden müssen; aber um Thatsachen dreht sich die ganze Frage nicht, sondern nur um das Postulat, es hätte dies und dies im Eingang der Verordnung gesagt werden müssen. Der zweite Punkt der Anklage behauptet eine Beleidigung der Staatsminister in Bezug auf ihren Verus, weil ihnen vorgeworfen sei ein Mangel an schuldiger Achtung vor den Kammern. Das, was die Anklage so hinstellt, steht in der Erklärung nicht, sondern sie sagt ganz objectiv: In jedem Falle, wo die Regierung von so außerordentlichen Maßregeln Gebrauch macht, gebietet die schuldige Rücksicht c. Ich glaube, der Gerichtshof wird bei dem schweren Verus der Entstellung über Preßsachen selten einen Ausbruch gefunden haben, der so objectiv und in so wenig verletzender Weise ausspricht, was er ausdrücken soll. Wenn es aber wirklich darin stünde; ist es denn eine Beleidigung? Ist denn überhaupt die Nichtbeachtung der Achtung gegen eine Körperschaft an sich strafbar oder eine moralisch verwerfliche Handlung? Der dritte Anklagepunkt ist erhoben, weil in der Erklärung das Wort „Verfassungstempel“ vorkommt. Die Anklage sagt: es giebt nur einen Kampf um die Existenz der Verfassung. Das ist sprachlich unwahr. Es ist ein Kampf um jede wesentliche Bestimmung der Verfassung; jeder Streit über einen wichtigen Punkt der Verfassung ist ein Verfassungstempel, ein Verfassungstempel. Eben so wenig ist

die zweite Annahme der Anklage richtig, daß nur das Ministerium als Kämpfer gegen die Verfassung getätigt worden sei; selbst der strengste Gegner der Minister wird dies nicht behaupten. Diese Deduction ist grammatisch unklar, und von der Behauptung des vorläufigen Urtheils steht kein Wort in der Erklärung. Die Anklage debucire eine Beleidigung heraus durch einen vierfachen Kettenbruch. Es ist also nicht die leiseste Annahme für den objectiven Thatbestand vorhanden, noch viel weniger für die Annahme des subjectiven. Die sämtlichen Angeklagten befinden sich in der Vertretung und Ausführung ihres Rechtes und zwar auf dem Boden, wo die Presse überhaupt ihr Recht ausüben kann. Zunächst in der Ausführung ihres Privatrechts. Der Gerichtshof wird nicht befehlen die beabsichtigte gefährliche Lage der großen Zeitungspreß durch eine Verurteilung dieser Art. Es handelt sich nicht bloß um geistiges, sondern um materielles Eigentum. Drei bis fünf große Zeitungen repräsentieren ein Capital von über 1 Million. Diese Zeitungen werden in den Grundlagen ihrer Existenz erheblich gefährdet, und man kann ihnen nicht verweigern, wenn sie in Vertretung ihres Rechtes dagegen protestieren, gegen die Verurteilung, von denen sie behaupten: wir vermögen nicht zu erkennen, wie dies nach der Verfassung geschehen kann. Damit wollen sie sagen: nach unserer Ansicht geschieht uns Unrecht. Die Verurteilung wurde erlassen zu einer Zeit, wo die Faktoren der Gefährdung das Bedenkliche der Concessionseinzug auf dem Verwaltungswege anerkannt haben. Wenn das Prinzip der Pressefreiheit bedroht ist, so hat die Presse den nächsten Beruf, das Prinzip zu verteidigen, und wenn es verletzt wird, dagegen zu protestieren. Ich will nur daran erinnern, daß die deutsche Nation, wie die deutschen Regierungen, dem Grundgesetz der Pressefreiheit ein solches Gewicht heiligen, das dieselben schon in der Bundesverfassung als ein Grundrecht aufgestellt haben. Wer ist anders berufen, darüber zu wachen, als die Presse selbst? Das Recht, was vor Gericht nicht vertreten werden kann, hört nicht auf, ein Recht zu sein. Die Erklärung verleiht ihr Recht in einer so maßvollen Form, daß ich glaube, es hätte die Presse nicht bestimmter und überzeugender darthun können, daß die Verurteilung, welche die Regierung ihr in ihrer Allgemeinheit macht, unbegründet sind.

Der dritte Verteidiger, Rechtsanwalt Holtzoff, faßte sich nach dem kurz vorhergegangenen sehr kurz. Dr. Julian Schmidt erklärte noch, daß die Redaction diese Erklärung für eine Grenzpflicht gehalten hätten und daß er sich freue, mit seinen Kollegen, trotz vielfacher anderer Differenzen, in dieser Beziehung in vollständiger Uebereinstimmung zu sein. Nach einer ähnlichen Erklärung des Dr. Alexis Schmidt und nachdem die übrigen Angeklagten auf das Wort verzichtet, zog der Gerichtshof sich zur Berathung zurück.

Das Urtheil lautete, die wir schon gestern kurz gemeldet, auf Freisprechung. Es wurde ausgeführt, daß der Gerichtshof die Auffassung der Staats-Anwaltschaft nicht theilen könne. Die Erklärung spreche Ansichten aus, die näher motiviert wurden; sie gebe ein Urtheil ab, und Äußerungen, welche ein Urtheil enthielten, unterlägen nicht der Bestimmung des § 101 des Strafgesetzbuches. Ebenso hat der Gerichtshof eine Beleidigung des Ministeriums nicht als vorhanden angenommen, da der erste Passus objectiv keine Beleidigung enthalte, unter dem Ausdruck „Verfassungskampf“ aber nur die Vertretung bestimmter Ansichten über einzelne Punkte der Verfassung verstanden werden könne. Außerdem aber hat der Gerichtshof das Bewußtsein der Rechtswirksamkeit, welches der § 102 verlangt, bei den Angeklagten nicht angenommen und deshalb, wie oben mitgetheilt, erkannt.

Stettin, 18. Sept. [Der König von Griechenland] ist heute mit dem Nachmittagszuge nach der russischen Grenze abgereist, wo ihn ein Separatzug nach Petersburg bringt.

Deutschland.

Frankfurt, 19. September. [In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung] erstattete Freiherr v. d. Pfordten Bericht in der holländischen Angelegenheit. Die vereinigten Ausschüsse beantragten: Beschlagnahme und Verwaltung des Herzogthums Holstein im Namen des deutschen Bundes, zu welchem Behufe 6000 Hannoveraner und Sachsen den Einmarsch zu bewerkstelligen haben. Desterreich und Preußen stellen die Reserve. Die „Europe“ meldet: „Auf Befehl des Kurfürsten von Hessen-Kassel sind die Lokalbehörden angewiesen worden, Listen von allen im Kurfürstenthume disponiblen Pferden zu entwerfen. Diese Maßregel ist in Vorausicht der Bundesexekution gegen Holstein gefaßt worden, damit die Regierung nöthigenfalls die für ihr Bundescontingent erforderlichen Pferde stellen könne.“

Stuttgart, 17. Septbr. [Das Befinden des Königs] ist nach dem neuesten Bulletin ganz befriedigend; er ist beinahe den ganzen Tag über außer Bett; der Husten ist zwar zu Zeiten noch beschwerlich, selten jedoch von Beklemmung begleitet.

Baden, 16. Septbr. [Die Königin Augusta von Preußen] wird auch diesmal ihren zweiten hiesigen Aufenthalt über den Monat September hinaus verlängern, und ihren Geburtstag im engen Familienkreise begehen. Hierzu wird auch die Ankunft des Königs, sowie noch anderer fürstlicher Gäste erwartet. (S. M.)

Oesterreich.

Kraufau, 18. Sept. [Der Abgeordnete Rogawski] wurde gestern Abends 10 Uhr seiner Haft entlassen. Derselbe hat sich heute nach Wien begeben.

Russland.

Odesa, 5. Sept. Die russische Kaiserin ist in Malta angekommen. Ueber die Reise nach Jerusalem verlautet nichts. In Kiew wurden 48 Reserve-Bataillone concentrirt, um gegen die rebellischen Bauern in der Ukraine zu agieren, welche die Wiedereinsetzung ihres früheren Hetmans wollen.

Schumskale, 21. Aug. Die Bergbewohner in der hiesigen Gegend bis Anapa setzen ihre Kämpfe gegen die Russen energisch fort.

Tiflis, 20. Aug. Der Telegraph von hier nach Petersburg und der persischen Grenze wurde bereits in Betrieb gesetzt. Die russische Regierung unterhandelt mit Persien wegen Verlängerung der telegraphischen Leitung von Tabris bis an die Grenze von Georgien.

Unruhen in Polen.

Johannisburg, 19. Septbr. Wyncenta (unmittelbar an der preussisch-polnischen Grenze in Polen) wurde gestern Früh von den Insurgenten verbrannt. Russen sind auf preussisches Gebiet geflüchtet; sie führten drei Tote und fünf Verwundete mit sich.

Von der russischen Grenze, 17. Sept. Das Gerücht, es sei vor einigen Monaten eine Expedition polnischer Emigranten, welche der Insurrection Waffen und Mannschaft in der Gegend von Polangen zuführen wollte, auf der See verunglückt, dürfte sich jetzt durch thatsächliche Beweise immer mehr und mehr bestätigen. Vor einigen Tagen wurden nicht allein die Trümmer eines Schiffes, sondern auch mehrere Leichname, an welchen man die Ueberreste der Uniform noch unterscheidet konnte und in deren Taschen man Spitzkugeln und Dolche fand, bei Polangen und südlich davon an der preussischen Küste ans Land geworfen. (Pr. Litt. 3.)

Mieschen, 17. Septbr. In den Kreisen Kalisch, Lencze und Sieradz befinden sich noch mehrere kleine Insurgenten-Abtheilungen, die sich größtentheils aus den Ueberresten des Taczanowski'schen Corps gebildet haben und von Kopernicki, Sopolowski, Szumanski und Skowronski geführt werden. Seit 10 Tagen werden diese Insurgenten-Abtheilungen unablässig von den Russen verfolgt und fast täglich kommen größere oder kleinere Gefechte vor. Die bedeutendsten Gefechte fanden im Kreise Lencze am 8. bei Strzawka, am 10. bei Barzamin und bei dem Städtchen Poddembice, im Kreise Sieradz am 11. bei Lutomiersk, am 14. bei dem Städtchen Pask statt. Im hiesigen Kreise werden vom Adel bereits Vorbereitungen zur Anwerbung und Ausrüstung neuer Zuzüge gemacht, um die in den Reihen der Insurgenten entstandenen bedeutenden Lücken wieder auszufüllen. (Bromb. 3.)

Kraufau, 19. Sept. Dem heutigen „Gaz“ zufolge fand am 16. ein Gefecht in der Gegend von Laska im kalischer Gouvernement statt. Aus Kalisch sind den Russen drei Rotten Infanterie, zwei Schwadronen Husaren und vier Kanonen zu Hilfe geeilt. Das Resultat ist unbekannt. Ein glückliches Treffen für die Insurgenten soll am 13. bei Lutomierz stattgefunden haben.

Lemberg, 19. Sept. Die „Gazeta Narodowa“ constatirt, daß die Nischinur Galiziens seit Beginn des Aufstandes die Vermeidung selbst des Scheines regierungsförmlicher Tendenzen sei, polemisiert gegen die Insurrection hochverräterischer Bestrebungen selbst extremer Parteien, und muthmaßt, daß der Hochverrathsverdacht Rogawski's, eines der Gemäßigten, bloß auf irthümlichen Deductionen beruhe, da er gegen die Ueberzeugung der polnischen Nation nicht gehandelt haben kann.

*** * Von der polnischen Grenze, 20. Sept.** [Attentat.] So eben aus Warschau angekommene Reisende erzählen Folgendes: Als General Berg unter Begleitung von Tschereffern gestern Nachmittag 5 Uhr in der Krakauer-Vorstadt spazieren fuhr, wurde aus einem vorbeifahrenden Omnibus eine orinische Bombe unter den Wagen des Generals geworfen, durch welche jedoch nur das Pferd eines Tschereffers getödtet wurde. Die russischen Soldaten, in der Meinung, die Bombe wäre aus dem in der Nähe stehenden Zamojtski'schen Palais geworfen worden, drangen in letzteres ein und sollen daselbst gänzlich demolirt haben. Nichts wurde gefehlt! (Vgl. die obige telegr. Dep. von der polnischen Grenze und den nachfolgenden Artikel.)

H. Warschau, 19. Sept. [Attentat.] Heute gegen 5 Uhr Nachmittag fiel aus dem großen, dem Palais des Grafen Andreja Zamojtski anstoßenden Hause desselben ein Schuß auf General Berg, als er in seinem Wagen von der „Neuen Welt“ herkommend, in die Krakauer-Vorstadt hineinfuhr. Ob dem General Berg oder dem Adjutanten etwas geschehen ist, ist bis jetzt nicht bekannt, wiewohl Leute gesehen haben wollen, daß letzterer verwundet wurde. Natürlich verheuchte der Knall alle Leute von der Straße, die im Nu wie abgesetzt war, und erst einige Minuten darauf sah man den General Berg im Wagen sitzend dem Schlosse zu herankommen. Bald darauf kam Militär von verschiedenen Seiten herbei, die Krakauer-Vorstadt wurde abgeschlossen, so daß niemand weiter ein noch aus kann. Von der Ferne sah man die Fenster des prächtigen, ungeheuren, einige hundert Einwohner enthaltenden Hauses sich öffnen und Soldaten damit beschäftigt, Möbel, Bilder, Bücher u. s. w. auf die Straße zu schleudern. Es scheint, daß man das ganze Haus der Plünderung preisgegeben hat, und was nicht zum Plündern tauglich ist, wird ruiniert. — So viel man hört, ist ein Thäter nicht ergriffen worden. In diesem Augenblicke wird mir aus dem Munde einer glaubwürdigen Dame erzählt, welche die Sache zu Anfang gesehen hat, daß nicht ein Schuß, sondern der Wurf einer Bombe stattgefunden hat, und daß der Wurf nicht aus dem Palais, sondern vom Trottoir kam. Der Thäter soll nach dieser Version sofort in einem Wagen davon gefahren sein.

*** * Breslau, 21. Septbr.** [Feuersgefahr.] Heute Morgen in der 2ten Stunde wurde die Feuerwehr alarmirt. Auf dem Grundstücke Ufergasse Nr. 43 waren die Schweinfälle, so wie einiges daran aufgestapelte Brennholz in Brand gerathen, jedoch noch vor Ankunft der Hauptfeuerwache durch die in der Nähe wohnenden Mannschaften der Feuerwehr gelöscht. Die Entstehungsurache des Feuers ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

= = Lublin, 19. Sept. [Der Weibschloß Blobarstij in Begleitung des Vice-Donatanten Wache und des Rathes Zante sind zur Einweihung eines Altarbildes in der benachbarten Stadt Rosenburg und zur canonischen Revision der Kirchen heute in Rosenburg eingetroffen. Der Herr Weibschloß wird gleichzeitig das Sacrament der Firmung an die Gläubigen daselbst theilen. — Se. Excellenz der Herr Handelsminister Graf Zienpitz, welcher hier erwartet wird, soll nach dem Reiseplan von hier nach Rosenburg reisen. Derselbe soll die Rechte Oder-Uferbahn zum Zwecke seiner Reise haben. Der Erfolg dürfte aber ein ungünstiger sein, weil die Actienzeichnungen nur auf die Richtung von Kreuzburg nach Kolonowsta, und nicht über Rosenburg, Lublin zum Anschluß an die Oppeln-Zarnowitzer Bahn bei Tworog zumeist schon erfolgt sein sollen.

*** * Gleiwitz, 20. Septbr.** [Ankunft des Herrn Handelsministers.] Heute Vormittag langte Se. Excellenz der Herr Minister Zienpitz hier an. Nachmittags reiste er mit einem Extrazuge nach Schlawenz zum Herzoge von Ujest und wird heute Abend zurück erwartet.

Schrimm, 18. Sept. [Postanfall.] Unsere Polizei ist heute sehr thätig, weil in vergangener Nacht die Post von Santomysl nach hier, von 8—10 Mann angefallen sein soll. Der Postillon hat jedoch zur rechten Zeit die Gefahr bemerkt und vermittelst der Postheute seine Pferde so schnell angetrieben, daß die Räuber nicht im Stande waren, dem Wagen zu folgen. Dies soll im mehrligen Walde geschehen sein, und vermuthet man, daß sich in demselben entlaufene Insurgenten und ähnliche, obdachloses Geheißel aufhält. Inzwischen wird es der Polizei im Verein mit den Militär-Patrouillen wohl gelingen, sehr bald sich dieser Herumtreiber zu bemächtigen. Aehnliches wird hier von Wreschen erzählt; wo in einem Walde die Post auch von Insurgenten soll angefallen sein, jedoch ohne Erfolg, indem der Postillon ebenfalls die Pferde so schnell flucht zwang. Den Ueberfall bei Wreschen stellen wir jedoch nur als Gerücht hin. (Pos. 3.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad, in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 19. Sept. 10 U. Ab.	332,21	+12,8	S. 1.	Heiter.
20. Sept. 6 U. Morg.	331,48	+8,6	SO. 1.	Heiter.
2 U. Nachm.	330,38	+20,7	S. 2.	Heiter.
10 U. Abds.	328,87	+16,0	S. 2.	Heiter.
21. Sept. 6 U. Morg.	327,31	+14,8	S. 2.	Trübe.

Breslau, 21. Sept. [Wasserstand.] D. V. 12 F. 3 Z. U. B. — 8,8 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 19. Sept. Nachm. 3 Uhr. Die 3pct. begann zu 68, 45, stieg auf 68, 50 und schloß fest zu 68, 50. Schlus-Course: 3proz. Rente 68, 45. Italien. 5proz. Rente 74, 15. Ital. neueste Anleihe 73, 90. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Oester. Staats-Eisenb.-Aktien 422, 50. Credit-Mobiliar-Aktien 1225, —. Lombard. Eisenb.-Aktien 572, 50.

London, 19. Sept. Die Börse war heute geschlossen. — Das Wetter ist schön. — Der humberger Dampfer „Teutonia“ ist mit 16,800 Dollars an Contanten von New York in Comen eingetroffen. — Der Postdampfer „Veria“ mit 304,387 Dollars an Contanten hat New Yorker Nachrichten vom 9. d. in Queenstown abgegeben.

In New York war am 11. Gold-Agio 29, der Cours auf London 142½, Baumwolle unverändert 69. — Goldagio 32, Wechselcours auf London 145½. Baumwolle 69.

Wien, 19. Sept. Nachm. 12 Uhr 30 Min. Stille, aber fest. 5proz. Metallanleihe 76, 90. 4½proz. Metallanleihe 68, 75. 1854er Loose 95, —. Bank-Aktien 798, —. Nordbahn 167, 80. National-Anleihe 83, —. Credit-Aktien 192, 10. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 185, 50. London 111, 10. Hamburg 83, —. Paris 43, 90. Gold —. Böhmische Westbahn 161, —. Neue Loose 136, 60. 1860er Loose 99, 75. Lomb. Eisenbahn 250, —.

Frankfurt a. M., 19. Sept. Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Geschäftstill bei fast unveränderten Coursen. Finnländische Anleihe 88½. — Schlus-Course: Ludwigsb.-Verb. 144½. B. Wiener Wechsel 105½. Darmst. Bank-Aktien 237½. B. Darmst. Zettel-Bank 257½. B. 5proz. Metall. 67½. 4½proz. Metallanleihe 60½. 1854er Loose 83½. B. Oester. National-Anl. 73½. Oester. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 195 B. Oester. reichliche Bankanleihe 838. Oesterreich. Credit-Aktien 201. Neueste Oester.

reichliche Anl. 89½. Oester. Elisabethbahn 129 B. Rhein-Nahelbahn 29½. Schlesische Ludwigsbahn 129½.

Hamburg, 19. Sept. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse anfangs matt, jedoch bei geringen Umsätzen fester. Geld blieb knapp. Finn. Anleihe 88. Wetter schön und warm. Schlus-Course: National-Anl. 74½. Oester. Credit-Aktien 85½. Vereinsbank 104½. Nordb. Bank 107½. Rheinische 100½. Nordbahn 63½. Disconto 3½.

Hamburg, 19. Sept. [Getreidemarkt.] Weizen stille, unverändert, ab anwärts flau, ab Stettin 84½ pr. Herbst zu 100 Thlr., per Frühjahr zu 104 Thlr. offerirt. Roggen loco, unverändert, wenig Geschäft; preussischer und ab Ostsee weniger fest, pr. Herbst 64 Thlr., pr. Frühjahr auf 65 fest gebalten. Del October fest 27—27½, Mai flau 26½. Kaffee stille. Zimt ohne Umsatz.

Berliner Börse vom 19. September 1863.

Fonds- und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Aktion.	
Freiw. Staats-Anl.	4½ 101½ B.	Dividende pro 1861 1862 Zf.	
Staats-Anl. von 1855	4 100 B.	Aachen-Düsseld.	3½ 3½ 94 G.
Staats-Anl. von 1856	4 100 B.	Aachen-Mastrich	0 0 33½ B.
Staats-Anl. von 1857	4 100 B.	Amsterd.-Rott.	5 6 106½ etw. bz.
Staats-Anl. von 1858	4 100 B.	Berg.-Märkische	6 6 109½ bz.
Staats-Anl. von 1859	4 100 B.	Berlin-Anhalt.	8 8 151 bz.
Staats-Anl. von 1860	4 100 B.	Berlin-Hamburg	6 6 123½ B.
Staats-Anl. von 1861	4 100 B.	Berl.-Potsd.-Mg.	11 14 197 B.
Staats-Anl. von 1862	4 100 B.	Berlin-Stettin	7 7 137½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½ 98½ B.	Böhm. Westb.	6 6 75½ B.
Präm.-Anl. von 1856	3½ 126½ B.	Breslau-Freib.	12½ 12½ 182 G.
Berliner Stadt-Obl.	4½ 103½ B.	Chem.-Minden	12½ 12½ 182 G.
Kur-u. Neumärk.	3½ 98½ B.	Coal.-Oderberg	0 0 65½ bz.
Pommersche	3½ 98½ B.	ditto St.-Prior.	— 4½ 92½ B.
Posensche	3½ 98½ B.	ditto dito	— 5 96½ B.
ditto neue	3½ 98½ B.	Ludwigsh.-Bexb.	8 9 144 B.
Preussische	4 97½ B.	Magd.-Halberst.	22½ 25½ 297½ B.
Westph. u. Rhein.	4 99 B.	Magd.-Leipzig.	17 17 —
Sächsische	4 99½ B.	Magd.-Wittenbg.	1 1 67½ G.
Schlesische	4 99½ B.	Mainz-Ludwigsh.	7 7 129½ etw. bz. u. B.
		Mecklenburger	27 27 68½ B.
		Neisse-Brigier	3 3 94 G.
		Niedersch.-Märk.	4 4 97½ bz.
		Niedersch. Zwegb.	1 1 64½ B.
		Nord.-Fr.-Wilb.	3 3 161½ bz.
		Oberschles.	7 7 101½ 3/4 144½ B.
		ditto C.	7 7 101½ 3/4 144½ B.
		Oestr. Fr. St.-B.	6 6 111 1/4 111½ B.
		Oestr.-Süd.-St.-B.	— 5 148½ 149 B.
		Oppeln-Tarn.	— 2½ 65 G.
		Rheinische	5 6 101½ bz.
		ditto Stamm-P.	5 6 107½ B.
		Rhein-Nahelbahn	0 0 27½ B.
		Rhr.-Crk.-Gldb.	3 3 94½ 99½ B.
		Stargard-Posen	4 4 103½ bz.
		Thüringer	6 6 129 B.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	5 5 116 G.	Berl. Hand.-Ges.	5 9 109½ etw. bz. u. G.
Braunschw. B.	4 4 75½ B.	Coburg-Credb. A.	3 8 94½ G.
Bremer Bank.	5 5 107½ bz. u. G.	Darmstädter	5 6 94½ bz.
Breslauer Bank	6 6 100 G.	Dessauer	0 0 5 etw. bz.
Darmst. Zettelb.	8 8 102½ B.	Disc.-Com.-Anl.	6 7 101½ bz. u. B.
Deutsche Bank	5 5 98½ G.	Genfer Credb. A.	2 2 60½ 1/2 bz.
Gothaer	4 4 92½ G.	Leipziger	3 3 82½ B.
Hannoversche B.	4 5 100½ bz.	Meininger	6 7 98½ B.
Hamb. Nordb. B.	5 6 105½ G.	Moldauer Lds.-B.	1 2 36½ etw. bz.
Königsberger B.	5 5 101½ B.	Oestr.-Credb. A.	8 8 86½ B.
Luxemburger B.	10 10 105 G.	Schl. Bank-Ver.	6 6 103 B.
Magdeburger B.	4 4 92½ B.	Minerva	0 0 29½ B.
Posener Bank.	5 5 98½ bz. u. G.	Fr.-v.-Eisenb.-B.	5 5 105½ bz.
Preuss. Bank-A.	4 4 98 G.		
Thüringer Bank	2 2 72 B.		
Weimar	4 4 90 B.		

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	107, 142 bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M. 56, 20 bz.
ditto	2 M. 141½ bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T. 99½ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T. 105½ bz.	ditto	2 M. 99½ G.
ditto	2 M. 149½ bz.	Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M. 56, 22 bz.
London 1 Lst.	3 M. 6, 20½ bz.	Petersburg 100 R.	3 W. 104½ bz.
Paris 300 Frs.	2 M. 79½ bz.	ditto	3 M. 103 bz.
Wien 150 Fl.	8 T. 90½ bz.	Warschau 90 S.	8 T. 94 bz.
ditto	12 M. 89½ bz.	Bremen 100 Thlr.	8 T. 110 bz.

Breslau, 21. Septbr. Wind: Süd. Wetter: trübe. Thermometer Früh 15° Wärme. Die Zufuhren von Getreide zeigten sich am heutigen Markte nicht belangreich, der Umsatz war daher beschränkt, Preise ohne bemerkenswerthe Veränderung.

Weizen stilles Geschäft, pr. 84 Pfd. weißer 62—73 Sgr., gelber 58—65 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen behauptet, pr. 84 Pfd. 45—48—51 Sgr. — Gerste ruhig, pr. 70 Pfd. weiße 37—39 Sgr., gelbe 35—36 Sgr. — Hafer still, pr. 50 Pfd. 25—29 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken wenig angeboten. — Linsen flau. — Bohnen ohne Frage. — Schlag ein flau. — Kapselchen billiger erlassen, 51—56 Sgr. pr. Centner.

Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.	
Weißer Weizen	62—68—73	Widen	44—47—50
Gelber Weizen	58—63—66	Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.	
Roggen	45—48—51	Schlag-Leinfaat	160—180—195
Gerste	35—37—39	Winter-Kaps	198—210—220
Hafer	24—26—28	Winter-Hüben	194—208—213
Erbsen	50—52—56	Sommer-Hüben	166—180—186
Kleefaat wenig beachtet, rothe flau, 10—12—14—15½ Thlr., weiße ruhiger, 12—14—16—19 Thlr. pr. Centner. Lymothoe 6—7½ Thlr.			
Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd netto 28—32 Sgr., pr. Meze neue 1½—2 Sgr.			

Vor der Börse.

Robes Rüchtl pr. Ctr. loco und Termine 12½ Thlr. Br. Spiritus pr. Quart à 100 80 % Alcales loco 14½ Thlr., Termine 14½ Thlr., Frühjahr 14½ Thlr.

Theater-Repertoire.

Montag, den 21. Sept. „Madin, oder: Die Wunderlampe.“ Komisches Zaubermährchen mit Gesängen und Tänzen in 3 Akten. Nach dem gleichnamigen Mährchen aus „Tausend und eine Nacht“ frei bearbeitet von G. Adler. Musik von Richter. Kinder unter 15 Jahren zahlen heute die Hälfte des gewöhnl. Preises auf allen Plätzen. Sommertheater im Wintergarten. Montag, den 21. Sept. (Gendbhl. Preise.) Drittes Gastspiel des Fräul. Ottilie Genée. 1) „Glückliche Fitterwochen, oder: Wer hat's gesagt.“ Lustspiel in 1 Akt von Horn. (Emma, Fräulein Genée.) 2) „Follhonette au bal de l'opéra.“ Scene comique par Mlle. O. Genée. (Follhonette, Mlle. Genée.) 3) „Die weiblichen Drillings.“ Lustspiel in 1 Akt von Carl v. Holtei. (Linden, Münden, Linden, Fräul. Genée.) 4) „Eine Berliner Bonne, oder: Gustchen am Goldschicht.“ Genrebild mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Hahn. — Anfang des Concerts um 3 Uhr. Anfang der Vorstellung um 5 Uhr. Nach der Vorstellung Fortsetzung des Concerts.

Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß heut Morgen 7 Uhr der Destillateur Herr Carl Hentchel im Alter von 62 Jahren an Lungenentzündung nach nur vierwöchentlichem Krankenlager verstorben ist. Breslau, 20. Sept. 1863. Die tiefbetrübten Hinterbliebenen. Beerdigung: Mittwoch, 23. Sept., Vorm. 11 U., auf dem großen Kirchhofe.

Montag, den 21. September, Abends 8 Uhr, im Café restaurant, Karlsstraße 37: **Versammlung der Mitglieder des Wahl-Bereins.** Da nur Mitglieder Zutritt haben, so werden diese ersucht, sich mit den Mitglieds-Karten zu versehen. [2235] Der Vorstand. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.